

NLWKN - Betriebsstelle Lüneburg

z. Hd. Herrn Marc Daniel

Adolph-Kolping-Str. 6

21337 Lüneburg

Gesellschafter:



16.08.2017

Stellungnahme zum Verfahren: Geplantes Naturschutzgebiet „Niedersächsischer Mündungstrichter der Elbe“ im kreis- und gemeindefreien Gebiet der Unterelbe, Niedersachsen

Ihr Zeichen: L 41-22221-04-FFH003 Da



Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Daniel,

das Landesbüro Naturschutz Niedersachsen GbR (i. F. LabÜN) bedankt sich für die Übersendung der Antragsunterlagen in dem oben genannten Verfahren im Rahmen der gesetzlichen Verbandsbeteiligung. Im Namen und mit Vollmacht seiner Gesellschafterverbände Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Landesverband Niedersachsen e.V., Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) Niedersachsen e.V., Naturschutzbund Deutschland (NABU) Landesverband Niedersachsen e.V. sowie Naturschutzverband Niedersachsen e.V. (NVN) gibt das LabÜN folgende Stellungnahme ab:



Das LabÜN begrüßt die Erklärung des genannten Gebietes zum Naturschutzgebiet „Niedersächsischer Mündungstrichter der Elbe“ gemäß § 32 Abs. 2 des BNatSchG. Im Entwurf der Verordnung vom 09.06.2017 fallen uns insbesondere Schutzzwecke wie Erhalt und Förderung von Nordseeschnäpel, Stör und Schweinswal positiv auf. Auch die Formulierungen zum Schutzzweck des



Lebensraumtyps „Ästuarien“ in Bezug auf Naturnähe, hydrologische und morphologische Verhältnisse sehen wir als gelungen an.

Gleichwohl bitten wir darum, folgende Aspekte in der Verordnung zu ergänzen:

1. Niedersächsisches Raumordnungsgesetz (NROG), Integrierter Bewirtschaftungsplan (IBP) sowie dessen Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen

Das Niedersächsische Raumordnungsgesetz (NROG) bestimmt in § 2 Absatz 4 als Grundsatz der Raumordnung: Das Küstenmeer, die Inseln und der Küstenraum (Küstenzone) sollen durch ein integriertes Küstenzonenmanagement entwickelt werden, bei dem eine intensive Zusammenarbeit der Träger öffentlicher Belange, die Einbeziehung der Betroffenen und eine grenzüberschreitende integrierte Planung sowie die nachhaltige Entwicklung ökologischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Belange sichergestellt wird. Die Voraussetzungen für eine nachhaltige Fischerei sollen gesichert werden. Dies erfordert die schnellstmögliche Umsetzung des Integrierten Bewirtschaftungsplanes (IBP) für die Elbe.

Unter § 2 Schutzzweck, Abs. 2, der NSG-Verordnung ist neben der Erhaltung auch der Aspekt der Wiederherstellung des Gebietes zu nennen, da lt. IBP (Funktionsräume 5 und 6) bereits konkrete Schwächungen des Gebietes vorliegen. Diese Schwächungen stehen § 33 Abs. 1 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) entgegen. Die Schwächungen lauten u.a.:

- unbefriedigender Zustand der Fischfauna
- extreme Strukturarmut im aquatischen Bereich
- Verlust des Überflutungsraums durch Eindeichung
- hoher Anteil an naturfernen Ufern aufgrund von Deckwerken, Lahnungen und Begrüppungen
- Lebensraumverlust und -fragmentierung durch Grünlandumbruch und Ackernutzung
- intensive Grünlandnutzung auf den verbleibenden Grünlandflächen in Privatbesitz

- Störung durch Freizeitnutzung sowie Jagd und landwirtschaftliche Vergrämungsmaßnahmen
- nutzungsbedingte Störungen der Brutkolonien und Bestandseinbrüche unter den Enten und spezialisierten Brutvogelarten
- besorgniserregende Rückgang der Lachseeschwalben

Um der Erhaltung und Wiederherstellung des Gebietes Folge leisten zu können, ist die konkrete Benennung der vom IBP für dieses Gebiet vorgesehenen Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen in der NSG-Verordnung unter § 8 Umsetzung von Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen geboten (vgl. IBP Funktionsräume 5 und 6 sowie die entsprechenden Teilkarten). Lediglich ein Verweis auf den IBP ist nicht ausreichend. Die Maßnahmen des IBP nach Art. 11 WRRL sind unabdingbare Voraussetzung für die Erhaltung des Lebensraumtyps „Ästuarien“ und sollten in der NSG-Verordnung explizit aufgeführt werden:

- Erstellung von flächenspezifischen Natura 2000-Managementkonzepten für Teilräume (IBP Maßnahme 1.1)
- Ermittlung der Bedeutung unterschiedlicher Watten in ihrer Funktion für Vogelarten (IBP M. 2.2)
- Öffnung bzw. Rückbau von Sommerdeichen (IBP M. 3.2)
- Maßnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung von Flachwasserbereichen (IBP M. 3.3)
- Maßnahmen zur Erhöhung des Flächenanteils an ästuartypischen Biotopen bzw. Einzellebensraumtypen in Teilräumen des FFH-Gebiets „Untere Elbe“ mit aktuell geringem Flächenanteil (IBP Maßnahme 3.4)
- Maßnahmen zur Förderung von Salzwiesen bzw. Ästuarwiesen (IBP M. 3.5)
- Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung/Schaffung von Prielsystemen (IBP M. 3.7)
- Maßnahmen zur Förderung von naturnahen Ufern mit Tideröhrichten und feuchten Uferstaudenfluren (IBP M. 3.8)
- Zulassen des Entstehens und Wiederherstellung von Pionierstandorten im Vorland und auf den Elbinseln (IBP M. 3.9)
- Maßnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung der Durchgängigkeit an Sielen, Schöpfwerken und Schleusen (IBP M. 3.15)

- Maßnahmen zur Erhaltung des großflächig offenen Landschaftscharakters (IBP M. 3.17)
- Maßnahmen zur Förderung von zusammenhängenden, strömungsarmen Rastflächen im Grünland (IBP M. 3.18)
- Maßnahmen zur Förderung strömungsarmer Flächen im Watt und in Flachwasserbereichen (IBP M. 3.19)
- Maßnahmen zur Erhaltung und Entwicklung extensiver Grünlandnutzung inklusive Ackerrückführung in Grünland (IBP M. 3.21)
- Schrittweise Überführung von Acker- in Grünland (IBP M. 3.18/3.21)
- Verbesserung des Wasserhaushalts auf Naturschutzflächen und öffentlichen Flächen (IBP M. 3.22)
- Schaffung von Tidewassertümpeln im Deichvorland und Kleingewässern im Binnenland (IBP M. 3.23)
- Verbesserung des Brutplatzangebots für den Weißstorch (IBP M. 3.26)

Darüber hinaus sind eine Ergänzung, Konkretisierung, Flächenpräzisierung sowie Priorisierung der Maßnahmen auf Basis aktueller Monitoring-Daten geboten. Zum Beispiel im Bereich Fischerei ließen sich Mindeststandards formulieren (Fintenquantitäten, Nachweise tatsächlicher Aufenthalte, Schwarmbildung zwecks Laichaufstieg u.a.). Auftretende Abweichungen von eben diesen Standards (z.B. Abwesenheit der Finte) ermöglichen dann die Identifikation von Gefährdungsfaktoren und daraufhin die Formulierung und Umsetzung angemessener Schutzmaßnahmen. Hamburg beispielsweise erstellt für Naturschutzgebiete Pflege- und Entwicklungspläne, die flächenscharf darlegen, auf welche Weise welche Naturschutz- und Artenschutzmaßnahmen durchgeführt werden sollen. Berufend auf den IBP können auch Unternehmen der Region durch die Unterstützung konkreter Naturschutz-Maßnahmen im Gebiet demonstrieren, dass sie nicht nur an der Unterelbe als Wirtschaftstraum, sondern auch am Erhalt des einzigartigen Naturraums interessiert und beteiligt sind. Entsprechende Maßnahmen aufzunehmen, wäre sinnvoll.

Gemäß IBP (Funktionsräume 5 und 6) befinden sich im Elbeästuar folgende Lebensraumtypen des Anhangs I FFH-RL, die im Entwurf der NSG-Verordnung bisher nicht aufgeführt sind. Die Aufnahme der Biotoptypen sollte geprüft werden:

- Atlantische Salzwiesen (Lebensraumtyp 1330)
- Feuchte Hochstaudenfluren der planaren und montanen bis alpinen Stufe (Lebensraumtyp 6430)
- Magere Flachland-Mähwiesen (Lebensraumtyp 6510)
- Sandbänke mit nur schwacher ständiger Überspülung durch Meerwasser (Lebensraumtyp 1110)
- Mit Queller bewachsene Watten (Lebensraumtyp 1310)

Zusätzlich sollte die Aufnahme folgender Vogelarten in § 2 geprüft werden, die der IBP für die Funktionsräume 5 und 6 benennt:

- Brandente,
- Braunkehlchen
- Feldlerche
- Mantelmöwe
- Pfeifente
- Pfuhlschnepfe
- Sichelstrandläufer
- Sumpfläufer
- Temminckstrandläufer
- Weißstorch
- Weißwangengans
- Wiesenschafstelze
- Zwergmöwe
- Zwergstrandläufer

Des Weiteren folgende Säugetierart des Anhang II der FFH-Richtlinie:

- Kegelrobbe

Darüber hinaus in die NSG-Verordnung „Mündungstrichter Elbe“ folgende Tierart aufzunehmen: Der Stör, da für diese Fischart umfangreiche und teure Besatzmaßnahmen in der Oste durchgeführt werden. Der Stör ist Anhang IV-Art sowie prioritäre Art des Anhangs II der FFH-RL.

2. Zeitgleich zur Aufstellung der NSG-Verordnung sollten verbindliche Regelungen zur fehlenden Staatsgrenze zwischen Niedersachsen und Schleswig-Holstein getroffen werden

Im Bereich Elbemündung (ab Ostemündung elbabwärts) ist der Verlauf der gemeinsamen Landesgrenzen zwischen Niedersachsen und Schleswig-Holstein gesetzlich nicht geregelt. Das wird von der Planfeststellungsbehörde für die Elbvertiefung, der Wasser- und Schifffahrtsbehörde Nord in Kiel und z. B. der Niedersächsischen Landesregierung nicht bezweifelt. Die Grenzen zwischen den Bundesländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen im Bereich der Unter- und Außenelbe ließen sich „ohne weiteres in gesetzeskonformer Weise bestimmen“, entschied man. In ihrer Funktion als Staatsmacht können die Bundesländer im Rahmen des Grundgesetzes und ihrer eigenen Verfassungen für ihr Staatsvolk verantwortlich nur im engen Rahmen ihres Staatsgebietes handeln (Gebietsbezogenheit). Der Deutsche Bundestag kann als Gesetzgeber deshalb davon ausgehen, dass der Grundsatz der Gebietsbezogenheit der Entscheidungen der an solchen Verfahren beteiligten Bundesländer gewahrt bleibt.

Bei ungeklärtem „Grenzverlauf“ soll durch Abschluss von Staatsverträgen oder, soweit ausreichend, durch den Abschluss von Verwaltungsabkommen für die Beteiligten Planungssicherheit geschaffen werden. So das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport im Zusammenhang mit der Aussage, dass im Bereich der Elbmündung (unter Einbeziehung von Hamburg) der Verlauf der gemeinsamen Landesgrenze mit Schleswig-Holstein noch zu klären sei. Für die Festlegung ist der Abschluss eines Staatsvertrages erforderlich (MI im Internet-Portal). Bis heute aber gibt es einen solchen Staatsvertrag bzw. eine gesetzliche Regelung nicht.

In der Bundesrepublik Deutschland sind gesetzliche Grundlagen Maßstab und auch Grenzen des rechtsstaatlichen Handelns. Dies bewirkt Transparenz, Berechenbarkeit, Schutz vor Willkür und effektiven Rechtsschutz.

Im Interesse des Grundsatzes einer gesetzmäßig handelnden Verwaltung und im Interesse des allgemeinen Vertrauens in ein rechtsstaatliches Handeln der Verwaltung ist ein anderes Vorgehen zwingend notwendig. Denn dass sich die beteiligten Länder über den Verlauf der gemeinsamen Grenze evtl. einig sind, vermag den rechtlichen Mangel nicht zu heilen.

Dies ist im Hinblick darauf zu bemängeln, dass in Zukunft erhebliche Beeinträchtigungen des NSG von Gebieten ausgehen können, die unmittelbar nördlich an das NSG angrenzen. Hier ist insbesondere die im Zuge der Elbvertiefung geplante Verfüllung der Medemrinne zu nennen. Für den Bereich der Medemrinne sind also gleichzeitig mit der Aufstellung der Schutzgebietsverordnung verbindliche Regelungen zwischen Niedersachsen und Schleswig-Holstein zum einen über die Zuständigkeiten für die Medemrinne, zum anderen aber auch über den Umgang mit strombaulichen Maßnahmen im Bereich Medemrinne zu treffen.

3. Bedeutung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts zur Elbvertiefung für das künftige NSG: Aufnahme der Leitsätze in die Verordnung

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil zur geplanten Elbvertiefung in 2/2017 (BVerwG 7 A 2.15) zur Befolgung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) als Leitsätze u.a. festgehalten:

"1. Stehen für eine Risikoabschätzung verschiedene methodische Ansätze zur Verfügung, ohne dass die eine oder andere Methode von vornherein dem Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit ausgesetzt ist und entscheidet sich die Planfeststellungsbehörde in dieser Situation dafür, eine dieser Methoden zu bevorzugen, gehört es zum wissenschaftlichen Standard, die Methodenwahl nachvollziehbar zu begründen (Rn. 40 im Anschluss an BVerwG, Urteil vom 17. Januar 2007 - 9 A 20.05 - BVerwGE 128, 1 Rn. 109).

2. Das Verschlechterungsverbot (§ 27 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Nr. 1 WHG) und das Verbesserungsgebot (§ 27 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 Nr. 2 WHG) müssen bei der Zulassung eines Projekts - auch im Rahmen der wasserstraßenrechtlichen Planfeststellung nach § 14 Abs. 1 i.V.m. § 12 Abs. 7 Satz 3 WaStrG - strikt beachtet werden (Rn. 478). Eine Verschlechterung des ökologischen Zustands/Potenzials im Sinne von § 27 Abs. 1 und 2 WHG liegt vor, sobald sich der Zustand/das Potenzial

mindestens einer biologischen Qualitätskomponente der Anlage 3 Nr. 1 zur Oberflächengewässerverordnung um eine Klasse verschlechtert, auch wenn diese Verschlechterung nicht zu einer Verschlechterung der Einstufung eines Oberflächenwasserkörpers insgesamt führt. Ist die betreffende Qualitätskomponente bereits in der niedrigsten Klasse eingeordnet, stellt jede Verschlechterung dieser Komponente eine Verschlechterung des Zustands/Potenzials eines Oberflächenwasserkörpers dar (Rn. 479; im Anschluss an EuGH, Urteil vom 1. Juli 2015 - C-461/13 - LS 2, Rn. 70).

3. Ob ein Vorhaben eine Verschlechterung des Zustands/Potenzials eines Oberflächenwasserkörpers bewirken kann, beurteilt sich nach dem allgemeinen ordnungsrechtlichen Maßstab der hinreichenden Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts (Rn. 480).

4. Bei als erheblich verändert eingestuften Oberflächenwasserkörpern (vgl. §28 WHG) ist Bezugsgröße für die Verschlechterungsprüfung nicht der ökologische Zustand, sondern das ökologische Potenzial (Rn. 482 ff.).

5. Dem Bewirtschaftungsplan nach § 83 WHG kommt verwaltungsintern grundsätzlich Bindungswirkung nicht nur für die Wasserbehörden, sondern auch für alle anderen Behörden zu, soweit sie über wasserwirtschaftliche Belange entscheiden (Rn. 489).

6. Für die Verschlechterungsprüfung kommt es auf die biologischen Qualitätskomponenten an; die hydromorphologischen, chemischen und allgemein chemisch-physikalischen Qualitätskomponenten nach Anlage 3 Nr. 2 und 3 zur Oberflächengewässerverordnung (OGewV 2011/2016) haben nur unterstützende Bedeutung (Rn. 496 f.).

7. Räumliche Bezugsgröße für die Prüfung der Verschlechterung ist grundsätzlich der Oberflächenwasserkörper in seiner Gesamtheit (Rn. 506).

8. Eine Verschlechterung des chemischen Zustands eines Oberflächenwasserkörpers liegt vor, sobald durch die Maßnahme mindestens eine Umweltqualitätsnorm im Sinne der Anlage 7 zur OGewV 2011 (=Anlage 8 zur OGewV 2016) überschritten wird. Hat ein Schadstoff die Umweltqualitätsnorm bereits überschritten, ist jede weitere vorhabenbedingte messtechnisch erfassbare Erhöhung der Schadstoffkonzentration eine Verschlechterung (Rn. 578).

9. Für einen Verstoß gegen das Verbesserungsgebot ist maßgeblich, ob die Folgewirkungen des Vorhabens mit hinreichender Wahrscheinlichkeit faktisch zu einer Vereitelung der Bewirtschaftungsziele führen (Rn. 582).

10. Die Genehmigungsbehörden haben bei der Vorhabenzulassung wegen des Vorrangs der Bewirtschaftungsplanung grundsätzlich nicht zu prüfen, ob die im Maßnahmenprogramm nach § 82 WHG vorgesehenen Maßnahmen zur Zielerreichung geeignet und ausreichend sind (Rn. 586).

11. Das Maßnahmenprogramm muss auf die Verwirklichung des Bewirtschaftungsziels angelegt sein; dies erfordert ein kohärentes Gesamtkonzept, das sich nicht lediglich in der Summe von punktuellen Einzelmaßnahmen erschöpft (Rn. 586).

12. Die Wasserrahmenrichtlinie und das Wasserhaushaltsgesetz verlangen nicht, bei der Vorhabenzulassung die kumulierenden Wirkungen anderer Vorhaben zu berücksichtigen (Rn. 594 f.).“

Urteil des 7. Senats vom 9. Februar 2017 - BVerwG 7 A 2.15

Außer Leitsatz 1, der auf Untersuchungsmethoden während der Planfeststellung abstellt, müssen die Leitsätze 2-12 bei der Aufstellung der NSG-Verordnung „Mündungstrichter Elbe“ beachtet werden und Eingang in die Verordnung finden.

4. Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) und

Abgleich der Verordnung „Mündungstrichter Elbe“ mit bereits bestehenden Verordnungen angrenzender Naturschutzgebiete

Für die Erstellung der NSG-Verordnung „Mündungstrichter Elbe“ sollten die bereits bestehenden Schutzgebietsverordnungen „Untere Oste“, „Hadelner und Belumer Aussendeich“ sowie „Kehdinger Aussendeich“ mit herangezogen werden:

Die dort jeweils unter § 2 Schutzgegenstand und Schutzzweck aufgeführten Tier- und Pflanzenarten sollten ausnahmslos in die NSG-Verordnung „Mündungstrichter Elbe“ übernommen werden, da alle Schutzgebiete unmittelbare gemeinsame Grenzen haben, sie also gemeinsame Lebensräume für die aufgeführten Tier- und Pflanzenarten darstellen.

Als Verbotstatbestand ist in den bereits bestehenden NSG-Verordnungen u.a. enthalten und sollte in die NSG-Verordnung „Mündungstrichter Elbe“ übernommen werden:

Auszug aus NSG-Verordnung „Hadelner und Belumer Außendeich“:

„ § 3 Schutzbestimmungen

(...) Insbesondere ist es verboten,

10. Gewässer i. S. des § 67 des Wasserhaushaltsgesetzes auszubauen oder Maßnahmen durchzuführen, die den Wasserstand oder den Wasserabfluss oder die Fließgeschwindigkeit sowie die natürlichen Tide-, Strömungs- und Transportprozesse nicht nur unerheblich verändern, oder Stoffe einzubringen, einzuleiten, zu entnehmen oder andere Maßnahmen vorzunehmen, die geeignet sind, die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit der Gewässer nachteilig zu verändern.“

Darüber hinaus ist der Entwurf der NSG-Verordnung „Mündungstrichter Elbe“ unter § 3 Verbote Abs. 3 wie folgt zu ergänzen:

§ 3 Verbote

(3) Die Verbote des § 3 Abs. 1 und 2 gelten nicht für:

1. die der Erfüllung der hoheitlichen Aufgaben der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes dienenden Maßnahmen, einschließlich der vertraglich obliegenden Pflichten, sofern sie zur Erhaltung der genehmigten Fahrwassertiefe der Elbe dienen oder zur

Sicherung von Deich, Vorland und Deckwerk genehmigt sind. Die Verfüllung von Übertiefen und das Umlagern von Sedimenten im oder in das NSG fallen ausdrücklich unter die Bestimmungen des § 3, Satz 10.

Laut Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) § 23 Abs. 2 sind alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebiets oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können, nach Maßgabe näherer Bestimmungen verboten. Das LabüN weist vor diesem Hintergrund darauf hin, dass die Aufnahme folgender Aspekte in den § 3 Verbote der NSG-Verordnung zu prüfen ist. Die Liste der untersagten Handlungen sollte um nachfolgende Inhalte ergänzt werden:

Insbesondere werden folgende Handlungen untersagt:

- *die nicht dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Flächen mit Kraftfahrzeugen zu befahren oder Kraftfahrzeuge dort abzustellen*
- *wild lebende Tiere durch Lärm oder auf andere Weise zu stören*
- *zu zelten, zu lagern*
- *Leitungen jeder Art zu verlegen, Einfriedungen oder Einzäunungen zu errichten oder bestehende Einrichtungen oder Anlagen dieser Art wesentlich zu ändern*
- *in die bestehenden Verhältnisse im Wasserhaushalt in der Art einzugreifen, dass es zu einer verstärkten Entwässerung des Schutzgebietes oder von Teilflächen kommen kann*
- *die Umlagerung und Verklappung von Baggergut sowie Verbringung von Material aus Becken der Kanalschleusen in die Elbe*

Wir bitten zudem um Ergänzung des § 6 Anordnungsbefugnis der NSG-Verordnung:

Gemäß § 3 Abs. 2 BNatSchG sowie § 2 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 NAGBNatSchG kann die zuständige Naturschutzbehörde die Wiederherstellung des bisherigen Zustands anordnen, wenn gegen die Verbote des § 3 oder die Zustimmungsvorbehalte des § 4 dieser

Verordnung verstoßen wurde und Natur oder Landschaft rechtswidrig zerstört, beschädigt oder verändert worden sind.

5. Begrenzung der Wasser- und Schadstoffeinleitungen in die Elbe

Die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind gem. § 4 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) nach Maßgabe des Schutzzweckes gem. § 2 dieser Verordnung sowie des integrierten Bewirtschaftungsplanes Elbe zu berücksichtigen. Die Notwendigkeit, derartige Begrenzungen vorzunehmen ergibt sich u.a. daraus, dass noch immer erhebliche Mengen an Schadstoffen entweder direkt oder indirekt in die Elbe eingeleitet werden. Hier muss der Schutzzweck unabdingbar greifen und die Schadstoffe dürfen nicht durch Umlagerungen in den Bereich des NSG transportiert werden.

Gemäß Umweltbundesamt und den Veröffentlichungen im Schadstofffreisetzungs- und Verbringungsregister (PRTR), nachzuschlagen unter www.thru.de, leiten mindestens 111 Firmen direkt oder indirekt Wasser in die Elbe ein (siehe Liste im Anhang „Einleitungen in Wasser“). Weitere Einleitungen sind sehr wahrscheinlich, werden unter Umständen jedoch nicht gemeldet.

Die einzelnen gravierenden Schadstofffrachten sind unter den jeweiligen Firmen und ebenfalls unter www.thru.de nachzuschlagen. Die Auflistung der Firmen im Anhang erfolgt unter der Maßgabe der Leitsätze 2-12 des Urteils BVGrwG 7 A 2.15, bei denen explizit auf die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und die Oberflächenwasserverordnung (OGewV) abgestellt wird (siehe auch Punkt 3. dieser Stellungnahme: Bedeutung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts zur Elbvertiefung für das künftige Naturschutzgebiet: Aufnahme der Leitsätze in die NSG-Verordnung). Die Einhaltung dieser Vorgaben ist durch die Verordnung für das NSG „Mündungstrichter Elbe“ sicherzustellen.

(Nicht erwähnt sind an dieser Stelle die Einleitungen von Radionukliden und weiteren Schadstoffen durch die noch in Betrieb, in Stilllegung oder Abbau befindlichen kerntechnischen Anlagen in Geesthacht, Stade, Brokdorf und Brunsbüttel sowie die mit hoher Wahrscheinlichkeit noch in den Sedimenten der Elbe vorhandenen Altlasten aus dem Betrieb des mit einem Atomreaktor ausgestatteten Schiffes „Otto Hahn“.)

6. G 20 Action Plan on Marine Litter

Auf ihrem Gipfeltreffen im Juli 2017 in Hamburg haben die G20-Staaten als Anhang zu der Abschlusserklärung der Staats- und Regierungschefs den „G 20 Action Plan on Marine Litter“ beschlossen. Wir weisen auf die Beachtung der folgenden hier sinngemäß wiedergegebenen Sätze aus der sieben Seiten langen Erklärung hin, die uns bislang nur in englischer Sprache vorliegt - siehe Anhang und unter <http://www.g20.utoronto.ca/2017/2017-g20-marine-litter.html>:

Wir bekräftigen die Notwendigkeit

- *Verschmutzungen von Quellen an Land gezielt anzusprechen*
- *die erweiterte Verursacherhaftung einzuführen*
- *effektives Abwassermanagement zu fördern*

7. Bisherige Bewirtschaftungspraxis und das Bundeswasserstraßengesetz führen zu einer unzureichenden Qualität der Flussgebietseinheiten und zu einem Verstoß gegen EU-Recht

Mit ihrer Beschwerde bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vom August 2017 weisen BUND und NABU darauf hin, dass die durch die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des zweiten Bewirtschaftungsplanungszyklus im Jahr 2015 aktualisierten Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme für Flussgebietseinheiten gegen EU-Recht verstoßen. Weiter machen die Beschwerdeführer geltend, dass das Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG) gegen das EU-Recht verstößt. Laut Analyse des Umweltbundesamts sind in Deutschland weniger als 10 Prozent der Oberflächengewässerkörper in einem sehr guten bis guten ökologischen Zustand. Das heißt im Umkehrschluss, dass 15 Jahre nach Einführung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) diese nicht in zufriedenstellendem Maße zu einer angemessen umweltgerechten Gewässerqualität in Deutschland geführt hat. Das Ergebnis einer Umfrage von BUND und NABU deutet darauf hin, dass Deutschland und die Bundesländer bei der Umsetzung der WRRL unionswidrig handeln und dies u.a. eine Ursache für den zu niedrigen Zielerreichungsgrad ist.

Der Aspekt der unzureichenden Qualität der deutschen Flussgebietseinheiten ist auch für die geplante NSG-Verordnung für den Mündungstrichter der Elbe mit zu beachten und die Entwicklungen der Gewässerqualitäten weiterhin zu verfolgen, um der Einhaltung der Schutzziele des künftigen NSG gerecht werden zu können. Im separaten Anhang (2017-08_BUND-NABU_fluesse_wrrl_er-beschwerde.pdf) finden Sie die EU-Beschwerde dieser Stellungnahme beigefügt.

Wir hoffen, dass Sie unsere Änderungsvorschläge und Ergänzungen berücksichtigen werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'S' followed by a series of loops and a long horizontal stroke.

Sonia Erdmann

LabüN GbR

Anhang:

I. Einleitungen in Wasser

Gelistet in dieser Reihenfolge: Name des Betriebs, Adresse, Bundesland:

Einleitungen in Wasser maximaler Umkreis 20 km um Hamburg:

Berichtsjahr: 2015 Stand der Daten: 27.03.2017 Ort/Postleitzahl: Hamburg

Umgebung: <20km

1. VERA Klärschlammverbrennung GmbH, Köhlbranddeich 3, 20457 Hamburg, Hamburg
2. DOG, Deutsche Oelfabrik Gesellschaft für chemische Erzeugnisse m.b.H. & amp; Co. KG, Ellerholzdamm 50, 20457 Hamburg, Hamburg
3. HSE Klärwerksverbund Köhlbrandhöft/Dradenau, Köhlbranddeich 1 20457 Hamburg, Hamburg
4. Otto Dörner Entsorgung GmbH Reststoffsammelanlage, Hermann-Blohm-Straße 3, 20457 Hamburg, Hamburg
5. ELANTAS Beck GmbH, 105 20539 Hamburg, Hamburg
6. SPIESS-URANIA CHEMICALS GmbH, Packersweide - 20539 Hamburg, Hamburg
7. Aurubis AG, Hovestraße 50, 20539 Hamburg, Hamburg
8. Fuchslocher GmbH & Co. Kommanditgesellschaft Sonderabfallentsorgung, Müggenburger Straße 20-24, 20539 Hamburg, Hamburg
9. ETH Umwelttechnik GmbH, Oberwerder Damm 1-5, 20539 Hamburg, Hamburg
10. ZinkPower Hamburg GmbH & Co. KG, Billstraße 156, 20539 Hamburg, Hamburg
11. Böge Metallveredelungs GmbH, Kurt-A.-Körper-Chaussee 33, 21033 Hamburg, Hamburg
12. gebr. böge METALLVEREDELUNGS GMBH, Kurt-A-Körper-Chaussee 27-31, 21033 Hamburg, Hamburg
13. Wirtschaftshof Bergedorf GbR, Randersweide 91 a, 21037 Hamburg, Hamburg
14. Hamburg Port Authority Entwässerungsfelder Moorburg-Mitte, Moorburger Elbdeich - 21079 Hamburg, Hamburg
15. REMONDIS GmbH Hamburg, Hörstener Straße 52, 21079 Hamburg, Hamburg
16. Vattenfall Kraftwerk Moorburg GmbH Kraftwerk, Moorburg, Moorburger Schanze 2, 21079 Hamburg, Hamburg
17. Hamburg Port Authority Moorburg-Ellerholz, Moorburger Elbdeich - 21079 Hamburg, Hamburg

18. Daimler AG Mercedes-Benz, Werk Hamburg, Am Radeland 125, 21079 Hamburg, Hamburg
19. Holborn Europa Raffinerie GmbH, Moorburger Straße 16, 21079 Hamburg, Hamburg
20. ADM Hamburg Aktiengesellschaft Werk Hamburg, Nippoldstraße 117, 21107 Hamburg, Hamburg
21. Merkel Freudenberg Fluidtechnic GmbH, Industriestraße 62-64, 21107 Hamburg, Hamburg
22. Mankiewicz Resins GmbH & Co KG, Georg-Wilhelm-Straße 189, 21107 Hamburg, Hamburg
23. Shell Deutschland Oil GmbH SDO Raffinerie Harburg, Hohe-Schaar-Straße 34, 21107 Hamburg, Hamburg
24. MVR Müllverwertung Rugenberger Damm GmbH & Co. KG, Rugenberger Damm 1, 21119 Hamburg, Hamburg
25. Oiltanking Tanklager Waltershof GmbH & Co. KG, Am Jachthafen 5, 21129 Hamburg, Hamburg
26. TRIMET Aluminium SE, Niederlassung Hamburg, Aluminiumstraße - 21129 Hamburg, Hamburg
27. Airbus Operations GmbH, Kreetslag 10, 21129 Hamburg, Hamburg
28. ArcelorMittal Hamburg GmbH, Dradenastraße 33, 21129 Hamburg, Hamburg
29. Hamburg Port Authority Behandlungsanlage Francop-Hintzenort (METHA / SARA), Aluminiumstraße 2, 21129 Hamburg, Hamburg
30. Pella Sietas GmbH, Neuenfelder Fährdeich 88, 21129 Hamburg, Hamburg
31. Hydro Aluminium Rolled Products GmbH Hamburg, Aluminiumstraße - 21129 Hamburg, Hamburg
32. tesa Werk Hamburg GmbH, Heykenaukamp 10, 21147 Hamburg, Hamburg
33. BSN medical GmbH, Heykenaukamp 10, 21147 Hamburg, Hamburg
34. Sigma-Aldrich Biochemie GmbH, Georg-Heyken-Straße 14, 21147 Hamburg, Hamburg
35. Landkreis Harburg Kläranlage Seevetal, Am Klärwerk 14 21217 Seevetal, Niedersachsen
36. MELOR Edelmetall-Recycling GmbH, Carl-Zeiss-Str. 12-14, 21465 Reinbek, Schleswig-Holstein
37. KG Koops Recycling, Entsorgung und Baustoffhandel GmbH & Co., Waldweg 2, 21509 Glinde, Schleswig-Holstein
38. Schwarz-Cranz GmbH & Co. KG Echt Altländer Fleischwaren, Justus-von-Liebig-Str. 2, 21629 Neu Wulmstorf, Niedersachsen
39. Allnex Germany GmbH, Helbingstraße 46, 22047 Hamburg, Hamburg
40. Fabrik chemischer Präparate von Dr. Richard Sthamer GmbH & Co. KG, Liebigstraße 5, 22113 Hamburg, Hamburg
41. Hermann Steuber Müll- Container GmbH, 82-84, 22113 Hamburg, Hamburg

42. HME Hamburger Müllentsorgung Rohstoffverwertungsgesellschaft mbH, Andreas-Meyer-Straße 39, 22113 Hamburg, Hamburg
43. Beiersdorf Manufacturing Hamburg GmbH Produktion Billbrook, Berzeliusstraße 35, 22113 Hamburg, Hamburg
44. BAR Buhck Abfallverwertung und Recycling GmbH & Co. KG, Billbrookdeich 9-11, 22113 Hamburg, Hamburg
45. Lubrizol Deutschland GmbH Niederlassung Hamburg, Billbrookdeich 157, 22113 Hamburg, Hamburg
46. Müllverwertung Borsigstraße GmbH, (MVB), Borsigstraße 6, 22113 Hamburg, Hamburg
47. Schill + Seilacher GmbH, Moorfleeter Straße 28, 22113 Hamburg, Hamburg
48. Vattenfall Wärme Hamburg GmbH Kraftwerk Tiefstack, Andreas-Meyer-Straße 8, 22113 Hamburg, Hamburg
49. HFM Horst Fuhse Mineralölraffinerie GmbH, Halskestraße 40, 22113 Hamburg, Hamburg
50. Fuhse Transport-GmbH, Halskestraße 40, 22113 Hamburg, Hamburg
51. EEW Energy from Waste Stapelfeld GmbH, Ahrensburger Weg 4, 22145 Stapelfeld, Schleswig-Holstein
52. EEW Energy from Waste Stapelfeld GmbH, Meiendorfer Amtsweg 0, 22145 Stapelfeld, Schleswig-Holstein
53. Lufthansa Technik AG, Weg beim Jäger 193, 22335 Hamburg, Hamburg
54. EES Jürgen Scholz GmbH, Sportallee 66, 22335 Hamburg, Hamburg
55. Stadtreinigung Hamburg AöR, MVA Stelling Moor, Schnackenburgallee 100, 22525 Hamburg, Hamburg
56. Sika Automotive GmbH, Reichsbahnstraße 99, 22525 Hamburg, Hamburg
57. ATCOAT Hamburg GmbH, Ottensener Straße 20-22, 22525 Hamburg, Hamburg
58. Schulz Metallveredelung GmbH, Marlowring 11, 22525 Hamburg, Hamburg
59. Otto Dörner Entsorgung GmbH Sortieranlage / Zwischenlager, Lederstraße 24, 22525 Hamburg, Hamburg
60. Holsten Brauerei AG, Holstenstraße 223, 22765 Hamburg, Hamburg
61. Saint-Gobain Winter Diamantwerkzeuge GmbH & Co. KG, Schützenwall 13-17, 22844 Norderstedt, Schleswig-Holstein
62. Tetenal Europe GmbH, Schützenwall 31-35, 22844 Norderstedt, Schleswig-Holstein
63. Schuelke & Mayr GmbH Robert-Koch-Str. 2, 22851 Norderstedt, Schleswig-Holstein
64. Harry Brot GmbH Werk Schenefeld, Kiebitzweg 15-19, 22869 Schenefeld, Schleswig-Holstein
65. Vattenfall Hamburg Wärme GmbH, Tinsdaler Weg 146, 22880 Wedel, Schleswig-Holstein

66. AHC Oberflächentechnik GmbH, Kronskamp 122, 22880 Wedel/Holst., Stadt Schleswig-Holstein

Einleitungen in Wasser maximaler Umkreis 20 km um Stade:

Berichtsjahr: 2015 Stand der Daten: 27.03.2017

Ort/Postleitzahl: Stade Umgebung: <20km

1. Abwasserentsorgung Stade Kläranlage, Harschenflether Weg 0, 21682 Stade, Niedersachsen
2. Ingal Stade GmbH, Johann-Rathje-Köser-Str. 5, 21683 Stade, Niedersachsen
3. DOW Deutschland Anlagenges. m.b.H Werk Stade, Bützflether Sand 9, 21683 Stade, Niedersachsen
4. Trinseo Deutschland Anlagengesellschaft mbH, Bützflether Industriestr. - 21683 Stade, Niedersachsen
5. Buss Terminal Stade GmbH & Co. KG Betrieb: -Abfalllagerung- Am Seehafen 4, 21683 Stade, Niedersachsen
6. Blue Cube Germany Assets GmbH & Co. KG Standort Stade, Bützflether Sand 2, 21683 Stade, Niedersachsen
7. Aluminium Oxid Stade GmbH, Johann-Rathje-Köser-Str. - 21683 Stade, Niedersachsen
8. LRD Löschmittel-Recycling, Elsterhorst 12, 21698 Harsefeld, Niedersachsen
9. AHC Oberflächentechnik GmbH, Kronskamp 122, 22880 Wedel/Holst., Stadt Schleswig-Holstein
10. Vattenfall Hamburg Wärme GmbH, Tinsdaler Weg 146, 22880 Wedel, Schleswig-Holstein
11. Feldmuehle Uetersen GmbH, Pinnauallee 3, 25436 Uetersen, Schleswig-Holstein
12. Papierfabrik Meldorf GmbH & Co. KG, Esinger Str. 5, 25436 Tornesch, Schleswig-Holstein
13. Abwasser-Zweckverband Pinneberg Der Verbandsvorsteher, Am Heuhafen 2, 25491 Hetlingen, Schleswig-Holstein

Einleitungen in Wasser maximaler Umkreis 30 km um Brunsbüttel:

Berichtsjahr: 2015 Stand der Daten: 27.03.2017

Ort/Postleitzahl: Brunsbüttel Umgebung: <30km

1. Steffen Gellert, Hörne West 43, 21730 Balje, Niedersachsen
2. Steinbeis Energie GmbH, Stadtstr. 20, 22348 Glückstadt, Schleswig-Holstein
3. Steinbeis Papier GmbH, Stadtstr. 20, 25348 Glückstadt, Schleswig-Holstein
4. Breitenburger Milchzentrale eG, De-Vos-Str. 12, 25524 Itzehoe, Schleswig-Holstein

5. Bodensanierungsanlage Itzehoe GmbH Co. KG, Feldmannstraße 1, 25524 Itzehoe, Schleswig-Holstein
6. ISR Itzehoer Schrott und Recycling GmbH & Co. KG, Carl-Zeiss-Straße 6, 25524 Itzehoe, Schleswig-Holstein
7. Veolia Umweltservice Nord GmbH, De-Vos-Straße 33, 25524 Itzehoe, Schleswig-Holstein
8. Covestro Deutschland AG, Fährstr. 51, 25541 Brunsbüttel, Schleswig-Holstein
9. Lanxess Deutschland GmbH, Fährstr. 51, 25541 Brunsbüttel, Schleswig-Holstein
10. Mercuria Biofuels GmbH & Co. KG, Fährstr. 51, 25541 Brunsbüttel, Schleswig-Holstein
11. Covestro Deutschland AG, Fährstr. 51, 25541 Brunsbüttel, Schleswig-Holstein
12. Chemische Fabrik Brunsbüttel GmbH & Co. KG, Fährstr. 51, 25541 Brunsbüttel, Schleswig-Holstein
13. TOTAL Bitumen Deutschland GmbH Industriegebiet Süd, 25541 Brunsbüttel, Schleswig-Holstein
14. SAVA GmbH, Ostertweute 1, 25541 Brunsbüttel, Schleswig-Holstein
15. Sasol Germany GmbH, Fritz-Staiger-Str. 15, 25541 Brunsbüttel, Schleswig-Holstein
16. Holcim (Deutschland) AG, Sandweg 10, 25566 Lägerdorf, Schleswig-Holstein
17. YARA Brunsbüttel GmbH, Holstendamm 2, 25572 Büttel, Schleswig-Holstein
18. Peters Werft GmbH, Am Hafen 6, 25599 Wewelsfleth, Schleswig-Holstein
19. KBA Kompost-,Bauschutt-und Altstoff-Aufbereitungs- und Verwertungsgesellschaft GmbH & Co. KG, Klintweg 15, 25704 Bargenstedt, Schleswig-Holstein
20. Eversfrank Meldorf - Evers-Druck GmbH, Ernst-Günter-Albers-Str. 1, 25704 Meldorf, Schleswig-Holstein
21. Kai Thomsen – Mastschweinehaltung, Kamp 1, 25719 Barlt, Schleswig-Holstein
22. Raffinerie Heide GmbH, Meldorfer Str. 43, 25734 Hemmingstedt, Schleswig-Holstein
23. Ardagh Metal Packaging Germany GmbH Werk Cuxhaven, Neue Industriestr. 1, 27472 Cuxhaven, Niedersachsen
24. Cuxhavener Schiffsentsorgungs GmbH, Baudirektor-Hahn-Str. 2, 27472 Cuxhaven, Niedersachsen
25. Lohmann Animal Health GmbH Impfstoffwerk, Heinz-Lohmann-Str. 4, 27472 Cuxhaven, Niedersachsen
26. Mützelfeldtwerft GmbH & Co. KG, Woltmanstr. 2, 27472 Cuxhaven, Niedersachsen
27. Peter Plambeck Containerdienst GmbH, Humphry-Davy-Str. 25-27, 27472 Cuxhaven, Niedersachsen
28. Tank- und Logistikcenter TLC Offshore, Helgoländer Kai 5, 27472 Cuxhaven, Niedersachsen
29. vaxxinova GmbH, Anton-Flettner-Str. 6, 27472 Cuxhaven, Niedersachsen

30. MI Swaco Deutschland GmbH ECC Enviro-Center-Cuxhaven, Neufelder Str. 47, 27472 Cuxhaven, Niedersachsen
31. Appel Feinkost GmbH & Co. KG, Neufelder Schanze 2, 27472 Cuxhaven, Niedersachsen
32. EWE WASSER GmbH Kläranlage Cuxhaven, Am Klärwerk 6, 27478 Cuxhaven, Niedersachsen



Annex to G20 Leaders Declaration

G20 Action Plan on Marine Litter

Introduction

The G20 recognizes the urgent need for action to prevent and reduce marine litter in order to preserve human health and marine and coastal ecosystems, and mitigate marine litter's economic costs and impacts. We stress the direct relationship between the challenge of marine litter, environment, human health, economic development, social well-being, biodiversity and food security.

Realizing the global nature of the challenge of marine litter, the G20 will work together to promote and initiate measures and actions at local, national, and regional levels to prevent and reduce marine litter. We recognize that the lack of effective solid waste management, wastewater treatment and storm water systems, and unsustainable production and consumption patterns, are primary land-based sources and pathways of marine litter. Taking into account the need for comprehensive multi-stakeholder involvement, we as the G20 acknowledge the role of non-state actors and further encourage private sector engagement and the development of environmental protection solutions to reduce marine litter.

We recognize the challenge posed by knowledge gaps. We consider UNEP's report on "Marine plastic debris and microplastics - global lessons and research to inspire action and guide policy change" and the GESAMP reports in 2015 and 2016 on "Sources, fate and effects of microplastics in the marine environment: A global assessment", and The First Global Integrated Marine Assessment (World Ocean Assessment I, which is the outcome of the First Cycle of the Regular Process) as positive foundations on which to base further work on marine litter. In accordance with and acknowledging relevant UN resolutions and commitments and where applicable within different regional seas conventions, programs and initiatives, as well as action plans and measures in place (as referred to in the annex to this document), we will continue to share knowledge and experiences and support further research into marine litter and its prevention to fill evidence-based knowledge gaps. A lack of certainty in scientific evidence can no longer be accepted as an excuse for non-action. Recognizing that a large majority of G20 are members to a Regional Cooperation, Action Programs, Action Plans etc., we are determined to complement existing initiatives, experiences and expertise, and work to incorporate them into the G20 approach.



We, the G20, will take action to prevent and reduce marine litter of all kinds, including from single-use plastics and micro-plastics. We thus reiterate our commitment to preventing and substantially reducing marine litter and its impacts by 2025 in support of the 2030 Agenda for Sustainable Development and its Sustainable Development Goals and targets related to marine pollution, waste management, waste water treatment and sustainable consumption and production by putting into practice the following 'G20 Operational Framework' and the voluntary Global Network of the Committed (GNC).

G20 Operational Framework

Issues to be addressed

The G20 maintains that the tools to reduce marine litter have to be as diverse as the challenge of marine litter itself. There is no 'one size fits all' solution. We reiterate the need to:

- address pollution from land based sources,
- address pollution from sea based sources, including key waste items from the fishing and aquaculture industry as well as from the shipping sector,
- address financial resources for cost-effectiveness analyses as well as measures for marine litter prevention or reduction,
- put in place effective actions e.g. to facilitate the implementation of the polluter pays approach, e.g. 'extended producer responsibility' or deposit schemes - already in place in some G20 countries as appropriate and develop new sources of funding for effective waste management systems, as well as stimulate innovation;
- address education and outreach, and
- address additional research requirements.

Given that in many regions the largest amount of marine litter entering the oceans worldwide stems from land-based sources, waste reduction and waste management, as well as waste water management, including storm water, deserve priority actions.

The G20 emphasizes its need to work on land- and sea-based sources of marine litter and commits to focusing on the following priority areas in accordance with national circumstances.

Areas of prior concern and potential policy measures:

1. **Promote the socio-economic benefits of establishing policies to prevent marine litter**
 - a) Acknowledge and promote the socio-economic benefits of preventing marine litter and reduction measures in terms of employment generation including the informal sector,



tourism development, sustainable fisheries, waste and wastewater management, biodiversity and other areas

- b) Identify policy measures on the basis of risk and impact assessments (including economic, social and environmental costs and benefits)
- c) Facilitate communication and cooperation between impacting and impacted municipalities, countries and regions as well as with other stakeholders
- d) Promote partnerships with stakeholders from economic sectors such as tourism, fisheries, the shipping and cruise sectors, waste, waste water and harbour management, as well as the plastics and consumer goods industries.
- e) Develop highly qualified scientific and technical staff for monitoring and assessing marine litter and alleviating its impacts (e.g. treatment centres for injured animals such as turtles etc.)

2. Promote waste prevention and resource efficiency

- a) Utilize the waste hierarchy and the '3 Rs' (reduce, reuse, recycle) approach, according to which waste prevention should be the first option, followed by reuse and recycling
- b) Promote mechanisms to involve producers, importers and retailers in the establishment of resource-efficient product value chains from design to end-of-life treatment and in financing waste collection and treatment
- c) Significantly reduce the use of micro-beads and single-use plastic bags and where appropriate phase them out
- d) Implement source reducing measures, e.g. Sustainable Material Management (SMM), by paying attention to product innovation, product design and consumer behaviour (product use)
- e) Significantly reduce the loss of plastic pellets during production and transport

3. Promote sustainable waste management

- a) Support integrated sustainable waste management including infrastructure (for collection and treatment)
- b) Promote access to regular waste collection services and facilitate investments in waste management infrastructure in order to prevent waste leakage into the sea
- c) Where needed, integrate informal waste workers into modernized waste management systems in order to improve their working conditions and livelihoods

- d) Support international cooperation among the G20 and with other partners, for capacity development and infrastructure investments for improved waste management systems in coastal, urban and rural areas
- e) Establish adequate port reception facilities at ports and terminals in line with MARPOL requirements, in particular Annex V. Encourage port reception facilities to apply a reasonable cost or when applicable no-special-fee system for waste of sea-based sources
- f) Promote regulatory frameworks on environmentally sound management of waste in order to facilitate its implementation at local levels
- g) Secure cross-financing of waste management operational activities (e.g. through economic incentives, fees, charges, deposit funds or taxes)
- h) Surmount barriers to financing waste management, e.g. by de-risking private waste management infrastructure investment in G20 Countries (cf. APEC model)

4. Promote effective waste water treatment and storm water management

- a) Consider providing and extending wastewater treatment coverage
- b) Facilitate investment in wastewater treatment infrastructure in order to prevent waste leakage into the sea
- c) Promote available technologies to avoid large solid waste from entering into rivers and oceans

5. Raise awareness, promote education & research

- a) Promote public information campaigns for citizens and businesses to reduce waste generation, to re-use and to facilitate their participation in waste collection systems and to avoid littering
- b) Support research and coordination among countries and international organizations to identify and remediate through environmentally sound methods sources of marine waste, concentrated areas of marine litter (national, regional, local), taking into account, inter alia, litter loads and sensitivity of biodiversity and ecosystems and document defining characteristics (lack of infrastructure, geography, product use and impacts on marine biodiversity and human health)
- c) Support research to assess marine litter impacts on ecosystems and human health
- d) Promote knowledge sharing, e.g. by expert exchange, thus strengthening institutional and human capacities
- e) Include scientific and technical aspects in measure-related considerations, inter alia by promoting and, where under way, continuing and supporting efforts with regard to harmo-



nization of global marine litter monitoring, as well as by standardization of methods, data and evaluation

6. Support removal and remediation action

- a) Support research and coordination to identify environmentally sound removal and remediation actions
- b) Develop guidance and toolkits and support their implementation
- c) Promote activities to clean up marine litter in a planned and regular manner

7. Strengthen the engagement of stakeholders

- a) Seek to continue communicating about marine litter (amongst G20 partners as well as with third parties)
- b) Contribute to implementing existing regional plans tackling marine litter and developing new such plans, where useful
- c) Accept appropriate responsibilities and act as a focal point in existing networks and co-operations involving G20 members
- d) Continue to involve stakeholders (in particular local authorities, civil society organization, Industry, Financial Institutions and Scientific Experts)
- e) Stimulate and support Public Private Partnership (PPP) as relevant
- f) Promote the engagement of the private sector in reducing marine litter and in developing integrated waste management and waste water treatment solutions
- g) Promote the issue of marine litter in high level economic forums (e.g. World Economic Forum and Green Financing Forum)
- h) Inform about G20-related activities in international forums, inter alia SDG 14 Conference (New York), Our Oceans Conference, (Malta), APEC, ASEAN, and possible G20-side events, 6th International Marine Debris Conference (San Diego)
- i) Promote knowledge sharing, e.g. by expert exchange, thus strengthening institutional and human capacities
- j) Harness existing business (B20) engagement to promote a dialogue on the contributions of industry to tackling marine litter
- k) Communicate results, effects, achievements of measures, activities and projects that address marine litter
- l) Promote cooperation between authorities responsible for freshwater and marine water



Global Network

Helping to support implementation of the activities within relevant work areas, the G20 launches a voluntary Global Network of the Committed – GNC, a platform addressing marine litter linked to the UNEP’s Global Partnership on Marine Litter (GPML) to offer and secure exchange, dissemination and transfer of information, standards, experiences and knowledge.

The network will offer a platform to share knowledge and experiences on the implementation of the G20 Action Plan on Marine Litter and the GPML Steering Committee will support the development of terms of reference for the GNC.

Annex

Quotation and citation (non-exhaustive)

of conventions, programs and initiatives, action plans and measures, and relevant UN resolutions:

- Barcelona Convention (Legally Binding Regional Plan on Marine Litter Management, 2013)
- Basel Convention on the Control of Transboundary Movements of Hazardous Wastes and their Disposal
- Bucharest Convention
- CBD (2012): Report – “Impacts of Marine Debris on Biodiversity: Current Status and Potential Solutions” (CBD Technical Series No. 67)
- CBD DECISION XIII/10 (2016): Addressing impacts of marine debris and anthropogenic underwater noise on marine and coastal biodiversity
- EU Marine Strategic Framework Directive (Directive 2008/56/EC of the European Parliament and of the Council of 17 June 2008 establishing a framework for community action in the field of marine environmental policy)
- G7-Presidencies (chronological order):

Germany (2015): G7 Action Plan to Combat Marine Litter

Japan (2016): G7 Ise-Shima Leaders' Declaration Communique; G7 Toyama Environment Ministers' Meeting; Tsukuba Communique G7 Science and Technology Minister's Meeting in



Tsukuba, Ibaraki; Tokyo Message on the Standardization and Harmonization of Marine Litter Monitoring from the 2016 Expert Workshop

Italy (2017): G7 Workshop on Marine Litter “Mainstreaming the work of the Regional Sea Programmes towards the better implementation of the G7 Action Plan and the achievement of the global commitments on marine litter”

- G20 resource efficiency dialogue
- Habitat III (2016): New Urban Agenda
- Helsinki Convention (Regional Action Plan, 2015)
- Honolulu Strategy (2011): Globally framing an Action Plan to prevent, reduce and manage marine litter
- International coalition “Stop Plastic Waste” launched at COP22
- International Convention for the Prevention of Marine Pollution from Ships, 1973 (MARPOL 73/78) and its revised Annex V
- International Coral Reef Initiative
- Manila Declaration (2012): Global Programme of Action - Marine Litter becoming an additional major component
- OECD Guidelines on Extended Producer responsibility (update 2017)
- OSPAR Convention (Regional Action Plan, 2014)
- Rio + 20 Declaration (2013): “Significant reduction of marine litter until 2025.”
- UN SDG 14.1 (2015): „By 2025, prevent and significantly reduce marine pollution of all kinds, in particular from land-based activities, including marine debris and nutrient pollution“
- UNEA I (2014): Resolution on Marine plastic debris and microplastics
- UNEA II (2016): Resolution on Oceans and Seas and on Marine Litter and microplastics
- United Nations Convention on the Law of the Sea (UNCLOS)